

Kurzmeldungen März 2011

Öl-Tiefseebohrungen

Tiefsee-Ölbohrungen im Golf von Mexiko sind unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen wieder erlaubt. Die US-Regierung erlaubte mehreren Unternehmen ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Sie können damit auf ein neues Genehmigungsverfahren verzichten. Nach scharfen Protesten der Ölmultis gegen die neuen Umweltauflagen der Obama-Regierung bei Tiefseebohrungen im Golf von Mexiko hieß es von der zuständigen US-Aufsichtsbehörde für Energiemanagement in den Ozeanen: man wolle von den Konzernen, deren Arbeiten auf den Bohrinseln durch das fünfmonatige Moratorium der Regierung zum Erliegen gekommen sei, keine komplett neue Sicherheitsüberprüfung zumuten. Wichtig sei nur, dass die Konzerne sich an die neuen Regeln hielten, die nach der Ölkatastrophe im Golf erlassen wurden. Dazu zählt, dass konzernunabhängige Ingenieure die Funktionsfähigkeit zentraler Sicherheitsventile bestätigen, die Ölgesellschaften alle Arbeiten auf den Bohrinseln dokumentieren und detaillierte Reaktionspläne für den Fall einer Ölpest vorlegen können.

In den nächsten sieben Jahren sollen aber keine komplett neuen Ölfelder im östlichen Golf und entlang der Atlantikküste erschlossen werden.

Quelle: tagesschau.de, 4.1.11

Banken im Atomgeschäft

Die Umweltorganisation urgewald hat die Finanzdienstleistungen elf deutscher Banken für die internationale Atomindustrie untersucht, von der Kreditvergabe bis zur Ausgabe und dem Besitz von Anleihen und Aktien.

Von den 80 der weltweit wichtigsten Atomunternehmen belegt die Deutsche Bank den Platz Eins, die zwischen 2000 und 2009 die Atomindustrie mit 7,8 Mrd. Euro unterstützt hat. Ihr folgen die Commerzbank mit 3,9 Mrd. Euro und die UniCredit/Hypovereinsbank mit 2,3 Mrd. Euro Unterstützung.

So finanziert die Deutsche Bank zum Beispiel neben den vier großen Betreibern von Atomkraftwerken in Deutschland (RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall) auch den französischen Atomkonzern Areva, der in vielen Ländern neue Atomkraftwerke plant und bei seinen Uranabbauaktivitäten in Niger ein verstrahltes Erbe zurücklässt. Ebenso zählt der japanische Atomkonzern Tokyo Electric Power, der 20 Jahre lang Berichte über Sicherheitsprobleme seiner Atomreaktoren gefälscht hat, zu den Kunden der Deutschen Bank.

Neben der ‚Negativrecherche‘ werden auch Alternativen gezeigt. So schließen die GLS Bank, Triodos Bank, Umwelt- und Ethikbank Atomfinanzierungen explizit aus,

Quelle: urgewald.de, 21.12.10

Aigners Zehn-Punkte-Plan

Mit einem Paket von Maßnahmen will Bundesagrarministerin Ilse Aigner die Sicherheit von Futter- und Lebensmitteln verbessern:

- Futterfett-Hersteller bekommen künftig nur eine Zulassung, wenn sie mit Proben und

Berichten an Behörden nachweisen, dass die Grenzwerte für kritische Stoffe eingehalten werden.

- Futterfette sollen nicht mehr in Anlagen hergestellt werden dürfen, in denen auch Industriefette produziert werden.
- Futtermittelbetriebe sollen die Rohstoffe vor der Verarbeitung testen.
- Private Labore sollen verpflichtet werden, bedenkliche Untersuchungsergebnisse von Lebensmitteln den Behörden zu melden.
- In der EU soll eine Positiv-Liste durchgesetzt werden, die die Stoffe aufführt, die bei der Futtermittelherstellung verwendet werden dürfen.
- Futtermittelhersteller sollen verpflichtet werden, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen.
- Die Strafen für Verstöße gegen das Lebensmittel- und Futtermittelrecht sollen möglicherweise erhöht werden.
- Die Verbreitung von Dioxin in Lebens-, Futtermitteln sowie der Umwelt soll in einem gemeinsamen Datenpool erfasst werden, um mögliche Gefahren früher erkennen zu können.
- Die Lebens- und Futtermittelüberwachung der Länder soll verbessert werden. Aigner ließ offen, ob dazu mehr Kontrolleure eingestellt werden müssten.
- Die Behörden sollen alle Grenzwert-Überschreitungen in Futter- und Lebensmitteln auf einer Internet-Plattform veröffentlichen, damit sich Verbraucher dort informieren können.

Quelle: tagesschau.de, 18.1.11

EU-Mitgliedsländer für Aufhebung der Null-Toleranz

Die EU-Mitgliedsstaaten stimmten für die Aufhebung der Null-Toleranz in Futtermitteln. Demnach dürfen Futtermittelimporte künftig mit in der EU nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen verunreinigt sein. Die EU gibt damit dem Druck der Futtermittelindustrie nach, die immer wieder behauptet, dass durch die geltende Null-Toleranz eine Futtermittelknappheit erzeugt würde. Untersuchungen belegen jedoch, dass es in den letzten Jahren kaum Lieferungen mit nicht zugelassenen GVO in die EU gegeben hat. Einfuhrverweigerungen gab es lediglich bei Lieferungen aus den USA, die selbst eine Null-Toleranz für nicht zugelassene GVO haben. Ein Rechtsgutachten des BUND zeigt, dass die Aufhebung der Null-Toleranz gegen EU-Recht verstößt. Denn auch geringste Spuren nicht zugelassener GVO sind in der EU verboten.

Quelle: keine-gentechnik.de, 22.2.11

Gen-Patente

Die Entscheidung zur Patentierung von Brokkoli ist im Dezember 2010 gefallen. Demnach sind Verfahren zum Züchten von Pflanzen und Tieren nicht patentierbar. Doch das europäische Patentamt will auch weiterhin Patente auf Saatgut, Pflanzen und Lebensmittel erteilen, die mit Hilfe der konventionellen Züchtung produziert wurden. Das Europäische Patentamt legt das bestehende Verbot der Patentierung von Züchtung von Pflanzen oder Tieren so aus, dass man lediglich Verfahren zur konventionellen Züchtung nicht patentieren kann, sehr wohl aber die Produkte, die aus diesen Verfahren hervorgehen. Das Verbot der Patentierung von Züchtungsverfahren läuft ins Leere, und verliert seine

gesetzliche Wirkung, wenn die so gezüchteten Pflanzen weiterhin patentierbar sind. Der Sortenschutz, der in Europa bisher noch das wesentliche Schutzsystem für Saatgut ist, wird völlig unterlaufen. Die Patentinhaber könnten dann auch noch über die weitere Züchtung mit diesen Pflanzen, über Verarbeitung und Vermarktung der Ernte bestimmen. Ähnliches gilt für Nutztiere, wie Kühe und Schweine.

Quelle: Kein Patent auf Leben, März 2011

US-Unterstützung der Gentechnik-Konzerne in der EU

Wikileaks-Enthüllungen zeigen, wie Gentechnikbefürworter versuchen, der Agro-Gentechnik in der EU zum Durchbruch zu verhelfen. US-Diplomaten empfahlen der amerikanischen Regierung beispielsweise, den Papst zu einer gentechnikfreundlichen Haltung zu bringen, um damit über eine Milliarde Anhänger der römisch-katholischen Kirche zu beeinflussen. Auch Ende November dieses Jahres versuchte die Gentechnik-Lobby, dem Papst eine gentechnikfreundliche Meinung zu unterstellen. In einer Pressemitteilung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften war zu lesen, dass der Papst sich für den Anbau von Gentechnik-Pflanzen ausspreche. Ein Papstsprecher dementierte daraufhin die Aussage.

In einem weiteren Wikileaks-Dokument ist zu lesen, wie sich ein spanischer Agrarpolitiker hilfesuchend an die US-Regierung wendet, weil sich innerhalb der EU letztes Jahr eine gegenüber der Gentechnik zunehmend kritische Stimmung breit machte. Monsanto-Mitarbeiter setzten sich dafür ein, dass Spanien nicht Frankreich und Deutschland folgt und den Gentechnik-Mais MON810 verbietet.

Quelle: taz, 28.12.10

Bundesanstalt hält Gutachten zu CO2-Endlagern zurück

Es gibt ein weiteres der Öffentlichkeit vorenthaltenes Dokument der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, das für das Gesetzgebungsverfahren für zukünftige CO2-Endlager von größter Bedeutung ist: den Zwischenbericht zum Speicherkataster. Dieses wichtige Grundlagenpapier wurde von der Industrie mitfinanziert.

Der Zwischenbericht liegt dem Wirtschaftsministerium und der Industrie seit Mai 2010 vor. Aber die Öffentlichkeit und die betroffenen Parlamentarier erhalten keinen Zugang zu den Daten. Das Speicherkataster bildet die geowissenschaftliche Grundlage für die zukünftige Standortauswahl für sämtliche CO2-Endlager.

Greenpeace hatte Ende 2010 die Möglichkeit, in der Bibliothek der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe eine Kopie des Zwischenberichts zum Speicherkataster unter strengsten Auflagen einzusehen. Viele Seiten mit Angaben zur Gesteinbeschaffenheit waren geschwärzt. Der Bericht gilt nach wie vor als Verschlussache und soll erst im Mai 2012 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Finanziert wird der Bericht zu vier Fünfteln aus öffentlichen Geldern und zu einem Fünftel von der Industrie, Von einem Konsortium aus Vattenfall, E.ON und der EnBW kamen 300.000 Euro. In dem dreibändigen Bericht sind detaillierte Aussagen zur Eignung des Untergrundes für die CO2-Verpressung zusammengetragen.

Das CCS-Gesetz lehnt Greenpeace in seiner jetzigen Form ab. Greenpeace kritisiert den übereilten Einstieg in die kommerzielle CO2-Verpressung. Es gibt keine Antwort darauf, wie die langfristige Dichtigkeit sichergestellt werden soll. Auch den unkalkulierbaren

Risiken wieder austretenden Kohlendioxids wird in dem Entwurf keine Rechnung getragen. Im Gegenteil: dadurch, dass der Gesetzentwurf der einlagernden Industrie nur für 30 Jahre die Verantwortung auferlegt, liegen alle Sicherheitsprobleme bei den Anwohnern und dem Steuerzahler.

Quelle: Greenpeace, 23.02.11

Weltmeere sind leergefischt

Die Weltmeere haben im letzten Jahrhundert zwei Drittel ihrer Raubfische verloren. Geblieben sei der Fang, der in Fischfarmen verfüttert wird, Sardinen, Sardellen und Kapelan, warnte Villy Christensen vom Fischereizentrum der Universität British Columbia am Freitag in Washington. Christensen sprach bei der Jahrestagung des amerikanischen Wissenschaftsverbandes AAAS in Washington. Ohne Thunfisch, Kabeljau und Barsch gebe es keine Balance mehr, seien die Ozeane «zu Fischfarmen abgewirtschaftet». Die Nachfrage nach hochwertigem Essfisch stieg nach Angaben des Experten Siwa Msangi vom Internationalen Forschungsinstitut für Nahrungsmittelpolitik in Washington seit Ende der 60er Jahre global. Allein China habe seinen Fischkonsum um 42 Prozent erhöht, trage allerdings auch zunehmend zum Ertrag bei.

Sorge bereitet den Experten, dass bei der Suche nach den rar gewordenen Raubfischen bis zu 80 Prozent des eingeholten Fangs als Abfall beseitigt oder Farmfischen serviert wird.

Jacqueline Alder vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) in Nairobi (Kenia) riet dazu, die globalen Fangquoten «umgehend» zu drosseln, um den überfischten Arten eine Chance zu geben, sich zu regenerieren. «Die Ökosysteme im Meer müssen sich erholen. Sonst haben wir bald gar keinen Fisch mehr», sagte sie. Sollten sich die Ozeane durch den Klimawandel weiter erwärmen, seien noch weit drastischere Maßnahmen angesagt. «Dann reicht der Fangstopp allein nicht mehr.»

Quelle: dpa, 18.2.11

Säure fließt nach Tankerunfall in den Rhein

Abpumpen in ein anderes Tankschiff war dem Bergungsteam zu gefährlich. Abpumpen in den Rhein soll besser sein. Deshalb fließt die Säure aus dem gekenterten Säuretanker „Waldhof“ nun in den Fluss an der Loreley in den Rhein. Ein Sprecher des Pressezentrams „Havarie Loreley“ sagte am Montag, dass ein sehr begrenztes Fischsterben erwartet werde und die Trinkwassergewinnung nicht gefährdet sei. Die Schwefelsäure gilt trotz ihrer ätzenden Wirkung als schwach wassergefährdend. Maximal 900 Tonnen Schwefelsäure wolle man über Schläuche in den Rhein ablassen, sagte der Sprecher. Dabei würden bis zu 12 Liter Säure je Sekunde in den Rhein gepumpt. Das Pressezentrum „Havarie Loreley“ gab bekannt, dass von der Ladung von rund 2400 Tonnen Schwefelsäure, die die „Waldhof“ geladen hatte, weitere 900 Tonnen in den Rhein ausgetreten seien. Da das Messboot vor Ort keine Auffälligkeiten verzeichnet habe, müsse die Säure so stark verdünnt gewesen sein, dass es sich wohl um einen schleichenden Prozess über mehrere Wochen gehandelt habe.

Quelle: FAZ, 8.2.11

zunehmende Monopolisierung im Lebensmittel-Handel

Die Zeit der großen Preissenkungen ist vorbei, viele Lebensmittel werden teurer. Der Aufwärtstrend an den Rohstoffmärkten hat bei einzelnen Artikeln wie Kaffee zu regelrechten Preissprüngen geführt. Das Bundeskartellamt nimmt derzeit die Einkaufsmacht der Handelskonzerne unter die Lupe. Das Milliardengeschäft mit den Lebensmitteln liegt von Jahr zu Jahr in immer weniger Händen. «Vor gut zehn Jahren teilten sich noch sieben Handelsunternehmen 70 Prozent des Marktes», sagte der Präsident des Kartellamtes, Andreas Mundt, dem «Handelsblatt». Heute habe man es mit den vier großen Handelskonzernen Edeka, Rewe, der Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) und Aldi zu tun, die 85 Prozent der Nachfrage im Lebensmitteleinzelhandel auf sich vereinten. «Und es werden weitere Fusionen angemeldet.» Er wolle Verhältnissen wie in anderen europäischen Ländern vorbeugen, wo die Konzentration noch größer sei und Preise deswegen auch höher lägen. Weitere Zukäufe durch die großen Ketten dürften also schwierig werden.

Rewe ist ein Beispiel für die zunehmende Konzentration. Der Kölner Konzern hat nicht nur seine eigenen Supermarktketten wie Minimal und Otto Mess auf Rewe umgeflaggt. Im Zuge der Discounter-Fusion von Plus und der Edeka-Tochter Netto ergatterte Rewe den Zuschlag für rund 330 Plus-Filialen. Von der Metro übernahm man rund 300 Extra-Märkte. Erst im vergangenen Jahr genehmigten die Kartellwächter den Kauf von 65 Tengelmann-Filialen im Rhein-Main-Gebiet. Außerdem übernahmen die Kölner 40 Sky-Märkte der coop Kiel.

Der oberste deutsche Wettbewerbshüter verweist auf eine GfK-Studie von 2010, nach der sich der Preiskampf auf relativ wenige, aber umsatzstarke Lebensmittel konzentriert. Demnach gibt es nur bei gut 40 von 275 Warengruppen einen harten Wettbewerb, etwa bei Kaffee, Schokolade, Butter, Joghurt oder Fruchtsäften.

Aldi habe nur 800 Artikel im Sortiment, in einem großen Edeka-Markt seien es bis zu 50 000. In anderen Verfahren prüfen die Kartellhüter auch, ob es bei einzelnen Lebensmitteln Preisabsprachen zwischen Herstellern untereinander oder zwischen Herstellern und Handel gegeben hat. Preise müssten ein Ergebnis des Wettbewerbs sein, und nicht von Absprachen zur Absicherung von Margen, betonte Mundt.

Quelle: dpa, 28.2.11

Sklaverei in Brasilien

In Pará, dem zweitgrößten Bundestaats Brasiliens, beuten Großgrundbesitzer viele Menschen als kostenlose Arbeitskräfte aus. Die brasilianische Regierung versucht, diese Sklaverei zu stoppen, doch die Lobby der Landbesitzer wehrt sich erbittert.

Auch in Brasilien ist die Sklaverei längst abgeschafft, der Besitz von Menschen ist demnach legal gar nicht möglich. Genau betrachtet haben wir es heute also mit sklavenähnlichen Verhältnissen zu tun. In der vom US-Soziologen Kevin Bales geprägten „modernen“ Definition lässt sich von Sklaven sprechen, wenn „eine Person, mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt zum Zwecke wirtschaftlicher Ausbeutung festgehalten wird“. Die brasilianische Rechtsprechung geht seit kurzem sogar noch weiter und spricht schon von sklavenähnliche Arbeitsverhältnissen, wenn Menschen „Zwangsarbeit, überlangen Arbeitstagen oder erniedrigender Arbeit“ unterworfen sind oder „wegen Schulden, die sie gegenüber ihrem Arbeitgeber oder dessen Statthalter eingegangen sind, in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt“ werden.

Wenn jemand die Farm verlässt und das bei den Behörden anzeigt, dann, so sagen uns die Besitzer, würden sie uns töten, sagt ein ehemaliger Sklave. Lula da Silva, Ex-Gewerkschaftsführer und Brasiliens Ex-Präsident, hatte zu seinem Amtsantritt 2003 einen Nationalen Plan zur Beseitigung der Sklavenarbeit vorgelegt. Nun hat das Arbeitsministerium Zahlen genannt und Bilanz gezogen für acht Jahre Regierung eines Präsidenten der Arbeiterpartei (PT): Von 2003 bis 2010 wurden 32.986 Menschen aus der Sklavenschaft befreit, davon 2721 im vergangenen Jahr. Verglichen mit den Zahlen des Vergleichszeitraums der Vorgängerregierung klingt das durchaus beeindruckend. Von 1995 bis 2002 konnten nur 5893 gerettet werden. Die CPT vermutet, dass noch immer ca. 25.000 Menschen in Brasilien wie Sklaven leben, der Soziologe Bales schätzt die Zahl sogar auf 200.000.

Auf dem brasilianischen Land sind Veränderungen nur sehr langsam durchzusetzen. Die ersten mobilen Kontrollgruppen existieren seit 1995; es hat bis 2009 gedauert, bis die ersten Sklavenhalter tatsächlich zu Haftstrafen verurteilt werden konnten. Bis dahin mussten sie nur befürchten, eventuell ihren Arbeitern den Lohn auszahlen zu müssen plus ein paar hundert Reais Entschädigung. Mittlerweile ist es theoretisch sogar möglich, den Landbesitzer zu enteignen und das Land einer zukünftigen Bodenreform zur Verfügung zu stellen. Doch solche Prozesse sind oft langwierig, verjähren oder versanden in den Untiefen der brasilianischen Justiz. Die überaus starke Lobby der Großgrundbesitzer und Agrarunternehmen hatte entsprechende Gesetzesvorhaben jahrelang erfolgreich hinauszögern können. Ein Prozent der Bevölkerung besitzt in Brasilien 45 Prozent des Bodens.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass vor allem Großgrundbesitzer und Unternehmen aus dem dünn besiedelten Norden auf der berüchtigten "Schmutzigen Liste" für "Sklavenbesitzer" landen. Seit 2004 wird diese halbjährlich aktualisiert, sie ist öffentlich und wer sich darauf befindet, bekommt von den Staatsbanken keine Kredite mehr. Vor allem Viehzüchter, Sojabauern und Zuckerrohrplantagen zur Ethanolgewinnung in Amazonien sind darauf zu finden.

Quelle: tagesschau.de, 26.2.11

Saatgutreinheit bleibt erhalten

Der Bundesrat hat den Antrag der Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Aufweichung der Nulltoleranz bei der Verunreinigung von Saatgut mit Gentechnik abgelehnt, nachdem der gleiche Antrag noch vor 2 Wochen im Agrarausschuss angenommen worden war.

Abgesehen davon, dass der Versuch, statt der konsequenten Nulltoleranz bei GVOs im Saatgut eine „technische Lösung“ hoffähig zu machen gescheitert ist, haben sich alle Bundesländer und Parteien (bis auf die FDP) klar zum Reinheitsgebot für Saatgut bekannt.

Die Gentechnik-Lobby dringt nicht nur bei den Ländern, sondern auch beim Bund und vor allem bei der EU-Kommission auf die Einführung sogenannter Grenzwerte, die noch weit über die heute verhinderte „technische Lösung“ hinausgehen. Daß Deutschland derartige Grenzwerte auf EU-Ebene unterstützt ist nun sehr viel unwahrscheinlicher geworden. Gleichzeitig hat der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments mit den Stimmen deutscher Mitglieder Anfang der Woche für die Einführung von Grenzwerten im Saatgut gestimmt. Die endgültige Abstimmung über diese Vorschläge erwarten wir im Mai.

Ungeklärt bleibt auch die Haftung für Kosten der Verunreinigungen und erst recht für den Test-Aufwand, den Firmen treiben müssen, um ihr Saatgut und ihre Produkte gentechnikfrei zu halten. Bisher ist hier das Verursacherprinzip weitgehend auf den Kopf gestellt: Nicht die Unternehmen, die gentechnische Verunreinigungen verursachen und deren Verhinderung erforderlich machen müssen bezahlen, sondern diejenigen, die gentechnikfrei produzieren wollen.

Quelle: SOS, 19.3.11